

Schlesische

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Verlagsort: Breslau 1, Nikolaistraße 49/50.
Telegraphische Adressen: A. S. D. Z. Breslau.
Redaktion: Breslau 1, Nikolaistraße 49/50.

Bezugspreise:
Einzelnummer 25 Pf. — Durch Aufträge oder durch die Post: monatlich 2,50 Mk.,
vierteljährlich 7,50 Mk. frei inf. Post.

Postfach Nr. 22886
„Sozialistischer Verlag“ e. G. m. b. H., Breslau.

Anzeigenpreise: Die Spaltenbreite: 100 mm. Die Spaltenhöhe: 100 mm. Die Spaltenzahl: 10. Die Spaltenhöhe: 100 mm. Die Spaltenzahl: 10. Die Spaltenhöhe: 100 mm. Die Spaltenzahl: 10.

Verhärfung der englischen Bergarbeiterkrise.

Nach den letzten Pressemeldungen ist die Frage der englischen Bergarbeiterstreiks in ein entscheidendes Stadium eingetreten. Smillie äußerte vor 200 Delegierten der Bergarbeiter, daß die Ansicht des Exekutivkomitees der Bergarbeiter dahin geht, daß die Verhandlungen mit der Regierung kein Ergebnis hatten und daß demnach der Streik an dem in Aussicht genommenen Tage, am 25. September, ausbrechen müßte.

Wie „Journal“ aus London meldet, verhartete Sir Robert Horne bei seiner Besprechung mit den Vertretern der Bergarbeiter auf der Weigerung, die von den Arbeitern verlangte Lohnerhöhung zu gewähren, war aber geneigt, die Angelegenheit einem unparteiischen Schiedsgericht zu unterbreiten. In der Antwort nahm der Arbeiterführer Smillie eine drohende Haltung ein und gab die Erklärung ab, daß der Streik unvermeidlich sei. Die letzte Hoffnung setzt man jetzt auf eine Vermittlung, die der Arbeiterdreibund einleiten könnte.

Die Bergarbeiter haben eine öffentliche Erklärung erlassen, durch die bewiesen werden soll, daß eine Lohnerhöhung von 2 Schilling berechtigt ist. Die jetzige Lage läßt erwarten, daß ein Streik unvermeidlich ist, wenn nicht beide Seiten Nachgiebigkeit zeigen. Es wird mitgeteilt, daß die Regierung nicht die Absicht hat, ihren Standpunkt aufzugeben.

Die Elektrizitätsarbeiter in Acton (England) haben beschlossen, ihrem Gewerkschaftsvorstand zu empfehlen, im Falle einer allgemeinen Aussperrung von den Betrieben im Interesse der Arbeiter Besiß zu ergreifen.

Polen — Rußland.

Die Polen melden die Wiedereinnahme von Romno. Sonst Kämpfe ohne größere Wirkungen. Die russische Mobilisation schreitet fort. Trocki schreibt in einem Artikel: „Die Westfront ruft. Die polnische Schlacht will der litauischen, weißrussischen und ukrainischen Bauernschaft ihre Herrschaft auferlegen. Das Schicksal Sowjetrußlands, das Schicksal der Arbeiterklasse der ganzen Welt wird in den Kämpfen an der Westfront entschieden werden. Unsere Westarmeen müssen wir auf das beste mit Lebensmitteln versehen, damit die Ernährungsverhältnisse keinen Einfluß auf die Kriegsoperationen üben. Die Soldaten müssen so bekledet werden, daß die Winterkälte keine Energien lähmen kann.“

Die polnisch-litauischen Friedensverhandlungen sind ins Stocken geraten. Die Polen lassen es infolge ihrer Grob-spürigkeit auf Abbruch ankommen.

Sowjetrußland und Finnland.

Die grundlegenden Arbeiten für die Friedensverhandlungen mit Finnland sind im wesentlichen beendet. Gemäß der vorläufigen Vereinbarung tritt Sowjetrußland an Finnland einen Teil des Petschenga-Gebietes ab und gestattet dadurch Finnland den freien Durchgang zum Eismeer. Finnland erhält jedoch ein kleineres Gebiet als im Jahre 1918 geplant war, und die freie Verbindung mit Norwegen wird trotz Abtretung des Petschenga-Gebietes nicht aufgehoben. Finnland räumt die besetzten zwei Kreise in Ost-Finnland, die zum Bestande der ostfinnischen Arbeitskommune gehören.

Rat für Propaganda im Osten.

Aus Moskau wird gemeldet: Der Kongreß der Ostvölker hat einstimmig beschlossen, einen „Rat für Propaganda im Osten“ zu bilden.

Amerika — die „freieste Demokratie“.

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika glaubte man ein besonders probates Mittel zur Niederschmetterung der sozialistischen Bewegung darin gefunden zu haben, daß man fünf sozialistische Mitglieder des Abgeordnetenhauses des Staates New-York kurzerhand aus dem Parlament ausschloß. Es haben dieselben jetzt Neuwahlen stattgefunden, um die kassierten Mandate wieder zu besetzen. Das Resultat war die Wiederwahl der fünf Abgeordneten. Was wird man jetzt in dem demokratischen Staate New-York unternehmen, um die Sozialdemokraten vom Parlament fernzuhalten?

Nach Blättermeldungen aus London wurde in ganz Amerika eine Razzia gegen die Extremisten abgehalten. Es ist Befehl gegeben worden, den Führer der „Internationalen Arbeiter der Welt“ zu verhaften.

Amerika, das „freieste Land der Welt“, scheint seinen Stolz darin zu setzen, in der brutalen Bekämpfung des Sozialismus und seiner Vertreter den Ländern des europäischen Kontinents führend voranzugehen. In Amerika füllen heute noch Hunderte von Sozialisten und Kriegsgegnern die Gefängnisse, die wegen geringfügiger Vergehen während des Krieges zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt wurden.

Wirtschaftskrise in Belgien.

Nach dem „Reuble“ wird die Krise in der belgischen Leinenindustrie von Woche zu Woche schlimmer. Mehr als 6000 in den neun bedeutendsten Fabriken beschäftigte Arbeiter arbeiten nur 30 bis 40 Stunden die Woche. Insgesamt seien etwa 7000 Arbeiter, während 5400 normal beschäftigt sind.

420 000 Erwerbslose mit 387 615 Familienangehörigen.

Wie aus dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt wird, ist die Gesamtzahl der unterstützten Erwerbslosen in der Zeit vom 15. August bis 1. September 1920 in dem gleichen Umfang gewachsen wie in den ersten Augustwochen. Nach den amtlichen Feststellungen betrug die Zahl der männlichen Erwerbslosen am 1. September 312 506, der weiblichen Erwerbslosen 107 279, also insgesamt 420 785, gegenüber 411 565 am 15. August und 403 878 am 1. August 1920. Zu den eigentlichen Erwerbslosen kommen 387 615 Familienangehörige, die als Zuschlagsempfänger unterstützt werden. Die Gesamtzahl der unterstützten Erwerbslosen entspricht etwa dem Stande von Anfang Februar d. J.

Der Terror der Bourgeoisie.

Klassenjustiz.

Vor einigen Wochen wurde in Berlin bei einer nächtlichen Schießerei ein Sicherheitswehrmann erschossen. Die Desertion wurde bestraft, die Schießerei als kommunistisches Verbrechen aufzunehmen. Jetzt soll die Angelegenheit zur gerichtlichen Sühne gebracht werden. Wertwürdigerweise hat man, 10 Tage vor dem Erlöschen

der Militärjustiz, die Sache einem Kriegsgericht zur Entscheidung übertragen. Hinzu kommt, daß die Anklage auf einer Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. Mai 1920 beruht (der Anti-Freitroops-Verordnung), deren Verfassungsmäßigkeit sehr zweifelhaft ist, die überdies niemals gegen monarchistische Rebellen angewandt wurde, jetzt aber gute Dienste gegen Kommunisten leisten soll.

Ein Schlag gegen die Landarbeiter.

Die Regierung plant allem Anschein nach einen Schlag gegen die Landarbeiterorganisationen. Berliner Blätter berichten bereits, daß innerhalb des zuständigen Reichsressorts Verhandlungen schweben, „zur Sicherung lebenswichtiger Betriebe und zur Verhütung von Ernte- und Lieferstreiks“ unbewaffnete Abwehrorganisationen ähnlich der Technischen Nothilfe zu schaffen.

Der ewige Reichsbankerott.

Pressemeldung: Wie aus dem Reichsfinanzministerium gemeldet wird, ergaben die neuen Forderungen des Reichspostministeriums und des Reichsministeriums für Lohnausbesserungen mehr als eine Milliarde Mark, für die keine Deckung vorhanden sei. Mit dieser Last wäre der finanzielle Bankerott des Reiches nunmehr unaufhaltsam. In parlamentarischen Kreisen rechnet man mit einem außerordentlich großen Jahresdefizit des Reichshaushaltes in dem zu Ende gehenden Etatsjahre.

Aus dem gemeldeten Rücktritt des Finanzministers Wirth ist nichts geworden. Er „regiert“ weiter.

Die Rüge — eine Ente?

Unter dieser Ueberschrift schreibt die „W. a. M.“: „Durch die übereinstimmenden Befundungen maßgebender Deutscher und Amerikaner ist jetzt endgültig festgestellt, daß die angeblichen 100 000 Rüge, die uns Deutschamerikaner geschenkt haben sollten, einfach ein Phantasiereprodukt sind. Vielmehr werden wir 3000 oder 4000 Milchfüße bekommen! Die bei diesem Anlaß gegen den Reichsernährungsminister gerichteten Angriffe haben sich als völlig unbegründet herausgestellt. Von einem gewissen historischen Interesse ist die Feststellung, die anläßlich des Streites um die Rüge getroffen wurde, nämlich, daß wir eigentlich zu viel Rüge haben, d. h. mehr, als wir rationell ernähren können. In welchem Maße erscheint angesichts dieser Tatsache die müßige Dege, die einst gegen Frankreich entfesselt wurde, als ob es mit der Forderung der 240 000 Milchfüße einen Massenmord an deutschen Kindern verübe?“

Riesendemonstration in Berlin.

Dienstag fand unter großer Beteiligung im Berliner Lustgarten eine von der K. P. D. einberufene Arbeitslosen-Demonstration statt. Es waren ungefähr 50 000 Menschen versammelt. Die Redner sprachen im Sinne der kommunistischen Internationale und forderten zum Anschluß an sie auf. Zu Zwischenfällen ist es nichts gekommen.

Das „Ende“ der K. P. D.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Schleswig erhielt die vereinigte Bürgerliste 14, die Demokraten 4, die Rechtssozialdemokraten 5 und die Unabhängigen 7 Stimmen. Bisher hatten die Unabhängigen überhaupt keinen Sitz, während die Rechtssozialdemokraten deren 11 besaßen.

Für das Selbstbestimmungsrecht!

Von Rudolf Hilferding.

Bis zur Rückkehr der Delegierten aus Moskau war es die einmütige, von Niemandem in Zweifel gezogene Auffassung aller Parteigenossen, daß die Autonomie der Partei, das heißt ihr Selbstbestimmungsrecht in allen politischen und taktischen Fragen innerhalb des Rahmens ihres Programms unantastbar sein müsse. Jetzt soll dieses Selbstbestimmungsrecht in doppelter Weise beseitigt werden. Einmal verlieren die Mitglieder den entscheidenden Einfluß auf die Zeitung. Die Zeitung selbst aber wird völlig dem Exekutivkomitee der 3. Internationale untergeordnet. Zugleich ist durch die Bestimmungen über die Zusammenlegung dafür gesorgt, daß im Exekutivkomitee der Moskauer Einfluß der allein ausschlaggebende ist. Ebenfalls hätte bestimmt werden können, daß die Zeitung aller anderen Parteien direkt der Zentrale der russischen kommunistischen Partei unterstellt ist. In der Praxis ist es gewiß das Gleiche.

Die Kontrolle der Moskauer beschränkt sich nun nicht etwa auf die Fragen, die allen angeschlossenen Parteien gemeinsam sind; sie ist auch nicht dazu da, internationale

Demonstrationen oder Aktionen anzuordnen. Sie erstreckt sich ebenso auf alle wichtigen politischen Entschlüsse und Handlungen, die jede einzelne Partei in ihrem Lande ausführen will. Die Art und der Zeitpunkt des politischen Vorgehens bestimmt, wenn sie es für nötig hält, die Exekutive, die Zeitungen der Parteien sind nur ihre ausführenden Organe.

Es gibt Genossen, die, wie Bedebour auf dem Leipziger Parteitag ausführte, meinen, daß ein solches Aufgeben der Selbstständigkeit der Würde und Selbstachtung einer revolutionären Partei so sehr widersprechen, daß ihre Annahme schon deshalb ausgeschlossen sei. Andere bemühen sich jetzt, von vornherein die Parteigenossen davor zu warnen, daß man den Verzicht auf jedes Selbstbestimmungsrecht als unwirksam betrachte. Da wir zugeben müssen, daß man über das Maß von Selbstachtung, das der Einzelne oder die Partei zu besitzigen hat, nicht diskutieren kann, wollen wir darüber nicht rechten. Die Frage muß aber aufgeworfen werden, ob ein solcher Verzicht überhaupt möglich ist.

Jeder politisch Erfahrene weiß, daß, um eine ernste

politische Entscheidung zu fällen, eine Fülle von Momenten zu berücksichtigen ist. Die sozialen Machtverhältnisse der Klassen, die Stärke der einzelnen Parteien, die Stimmung der Zuschauerschaften, der sonst Indifferenten, die psychologische Erregung, die der Kampf um das Streitobjekt in der Gesellschaft auslöst, das Maß der Leidenschaft, die die Stärke des Angriffs oder Abwehr beeinflusst, all das sind Elemente, die in die politische Urteilsbildung eingehen. Und all diese Momente sind wieder zum Teil sehr komplizierter Art. Ihre Beurteilung setzt sowohl angeborene politische Beschäftigung als reiche Erfahrung voraus. Vor allem aber ist politisches Urteil nur möglich dem, der selbst in diesem politischen Leben steht, auf den alle diese verschiedenen Einflüsse selbst wirken, der engste Fühlung hält mit der Masse und seiner Partei. Deshalb ist es eine Unmöglichkeit, von außen her einer Partei ihr politisches Handeln vorschreiben zu wollen ohne die schlimmsten Fehlschlüsse zu begehen. Es ist eine Gefahr, die sich gerade in revolutionären Zeiten noch ungeheurer steigert, daß eine Zeitung von oben her die entscheidenden Entschlüsse

fast, statt daß diese durch den Willen der Masse der Partei-
mitglieder von unten her gebildet werden. Denn die Leitung
ist dann stets der Möglichkeit ausgesetzt, daß sie die Stimmung
der Masse verkennt und deshalb von ihr im Stich gelassen
wird, wodurch die Niederlage gewiß ist. Aber diese Gefahr
wächst ins Ungeheure, wenn nun gar diese Beschlüsse, die die
bedeutendsten Aktionen betreffen können, von außen bestimmt
werden, wenn die Leitung, ohnehin schon losgelöst von dem
Bestimmungsrecht ihrer Massen, gar noch dem Druck einer
außeren Instanz ausgesetzt wäre. Und die Gefahr würde
vervielfacht, wenn diese Leitung selbst unter dem Einfluß ganz
außerordentlicher Umstände, abgeschnitten von allen raschen
Informationsmöglichkeiten, jahrelang ausgeschlossen von
der unmittelbaren Berührung mit der übrigen Welt, in
Moskau sitzt.

Was wir früher über das Verhältnis von Leitung und
Masse innerhalb der Partei gesagt haben, würde sich wieder-
holen. Die „starke militärische Disziplin“ könnte nur ent-
weder Teilnahmslosigkeit oder Rebellion bewirken. Entweder
stimmen die Weisungen von außen mit der wirklichen Situation
überein und entsprechen deshalb den Auffassungen und Be-
schlüssen, die sich die Leitung der betreffenden Partei dann
wohl schon früher und rascher gebildet hat als die aus-
wärtige Instanz — dann sind sie überflüssig. Oder es soll
von außen eine Aktion erzwungen werden, die den inneren
Bedingungen des Landes nicht entspricht, dann wird sie nicht
befolgt oder führt zur Niederlage.

Deshalb ist die Verwandlung der Unabhängigen Sozial-
demokratie Deutschlands wie jeder anderen großen und
aktionsfähigen Partei in eine Sektion der 3. Internationale,
das heißt heute praktisch der russischen kommunistischen Partei
eine blanke Unmöglichkeit, keine Stärkung, sondern eine
Gefahr für die revolutionäre Entwicklung.

Wie kommt es aber, daß die Moskauer trotzdem eine
solche Forderung erheben?

Zur Beantwortung dieser Frage ist es nötig, sich die
Natur der dritten Internationale klarzumachen. Sie ist keine
Zusammenfassung der sozialrevolutionären Parteien. Ihr ge-
hören außer der noch zu „reimigenden“ italienischen Partei
und den skandinavischen Linkssozialisten, keine westeuropäischen
Parteien an; dafür umfaßt sie Vertreter, die verschiedenen
Staaten und Stämmen Asiens angehören, die eine revolu-
tionäre, vor allem gegen die englische oder japanische
Oberherrschaft gerichtete Tendenz repräsentieren, nicht aber
den modernen Sozialismus. Die dritte Internationale ist
oben ein revolutionärer Aktionsausschuß, der von der Auf-
fassung ausgeht, daß die revolutionäre Erhebung in West-
europa unmittelbar bevorsteht. Er sucht die beginnende revo-
lutionäre nationale Bewegung der bisher geschichtslosen
Nationen Asiens mit der sozialistisch-revolutionären Europas
zu vereinen. Von der Überzeugung erfüllt, daß die russische
Sowjetrepublik nur behauptet werden kann, wenn der Sozialismus
auch in entwicklungsländischen Massen zum Siege gelangt, sucht die
Moskauer Exekutive die Leitung dieses Prozesses zu über-
nehmen. Ohne auf die Einzelheiten dieser Auffassung einzuge-
hen, überblickt diese doch vor allem die Unmöglichkeit, den
Weg und den Zeitpunkt der revolutionären Erhebung von
außen zu bestimmen. Wir verstehen den Moskauer Anspruch
aus der außerordentlichen Situation. Es ist aber gerade
umgekehrt wie die Moskauer meinen. Gerade die revolutionäre
Situation macht die einzelnen politischen Entscheidungen um
so schwieriger und verantwortungsvoller. Gerade dann sind
die Machtverhältnisse labil, schwankend, in beständigem Fluß,
legen besondere Vertraulichkeit mit den eigenen Verhältnissen
des Landes voraus. Gerade dann sind auch die Ent-
scheidungen weittragender und verantwortungsvoller. Wir
müssen die Moskauer Bedingungen deshalb ablehnen, weil sie
uns gerade dann, wenn es am notwendigsten, verhindern, selbst
Mittel, Wege, Ziel und Tempo der Aktion zu bestimmen.
Die Moskauer halten die russische Revolution und die
Erhaltung ihres Erfolges für einen entscheidenden Inhalt der
proletarischen Politik. Darin haben sie Recht. Falsch ist
aber ihre Schlussfolgerung, daß sie deshalb und für allem die
proletarische Politik in allen Ländern leiten und bestimmen
können. Das ist ein Anspruch, der unmöglich ist und, wenn

durchgesetzt, nur allzuleicht zu einer Niederlage des Proletariats
dieser Länder führen kann. Denn die revolutionären For-
derungen, die sich aus der russischen Situation jeweilig er-
geben und die naturgemäß die russischen Taktiker bestimmen,
brauchen durchaus nicht mit den revolutionären Betätigungsmö-
glichkeiten der anderen Länder übereinzustimmen.

Ein Beispiel: Auf dem Gründungsparteitag der Deutschen
Kommunisten im Dezember 1918 erklärte Nadel, die russische
Revolution müsse unter Umständen im Bunde mit dem revo-
lutionären Deutschland im Kriege gegen Frankreich am Rhein
verteidigt werden. An dieser Auffassung haben die russischen
Kommunisten festgehalten. Deshalb forderten sie die Ver-
werfung des Versailler Friedens und die Erneuerung des
Krieges mit Frankreich. Unter ihrem Einfluß haben die
deutschen Kommunisten ebenso wie Scheidemann, die Demokraten
und die Deutschnationalen, die Ablehnung des Friedens ge-
fordert. Die Unabhängige Sozialdemokratie trat für den
Frieden ein; ihre energische Aktion, die im richtigen Moment
einsetzte, hat damals den Ausschlag gegeben und den
Friedensabschluß erreicht. Die glänzenden Demonstrationen
hätten bewiesen, daß die arbeitenden Massen weit über die
Grenzen der Partei hinaus hinter dieser, allein möglichen und
richtigen Politik gestanden haben. Die Massen ließen die
kommunistische Parole völlig unbeachtet. Wären damals aber
die Bedingungen von Moskau bereits angenommen worden,
so hätte die Unabhängige Sozialdemokratie ihre Friedens-
aktion nicht führen dürfen, sie hätte vielmehr den Ausschlag
für die Politik Stumpfers und Scheidemanns geben müssen!
Die Folge wäre aber eine unabsehbare Katastrophe geworden,
die Zerreißung Deutschlands und damit der deutschen Arbeiter-
klasse und ihre völlige Ohnmacht.

Die Frage nach Krieg und Frieden bleibt aber in ihrer
ganzen ungeheuren Tragweite bestehen. Als die bolschewistischen
Heere an den ostpreussischen Grenzen standen, als die
Sowjetisierung Polens in naher Aussicht schien, da rechneten
die Russen, daß eine revolutionäre Erhebung in Deutschland
in naher Zeit erfolgen könnte. Würde Frankreich, wie man
glaubte, etwa durch Besetzung des Ruhrreviers eingreifen,
dann wäre die Stimmung geschaffen, in der Deutschland im
Bunde mit Rußland den Versailler Frieden gewaltsam zer-
reißen und Krieg gegen Frankreich führen könnte. Die
deutschen Kommunisten hätten die Pflicht, mit allen Mitteln
für diese Kriegspolitik einzutreten.

Der Rückzug der russischen Truppen hat nur die Be-
dingungen der Ausführung geändert, nicht aber die politische
Auffassung selbst. Das polnische Vordringen hat die Lage
der russischen Regierung immerhin erschwert, ihr Bedürfnis
nach Unterstützung gesteigert. Die Unterbindung der Waffen-
zufuhr nach Polen erscheint nicht genügend. Ganz anders
wäre die Hineinziehung Deutschlands in den Krieg mit
Frankreich. Daher die systematische und sich täglich steigende
Kriegstreiberi der deutschen kommunistischen Partei, die un-
ausgesetzte Agitation der „Roten Fahne“ zur „Aktivität“,
zur Aufgabe der Neutralität, zur „revolutionären“ Zerreißung
des Versailler Vertrages.

Es besteht kein Zweifel, daß die deutschen Kommunisten
mit dieser Kriegspolitikkampagne im Einverständnis mit den russischen
vorgehen glauben. Ebensovienig aber besteht ein Zweifel,
daß es sich dabei um eine Frage auf Leben und Tod handelt,
um eine Politik, die nach den Machtverhältnissen, wie sie in
Deutschland und Frankreich wirklich sind und nicht nur in
den Illusionen einzelner Führer sich darstellen, nur mit einer
jüngstbaren Katastrophe enden kann.

Aber über diese Lebensfrage soll nach den Moskauer
Bedingungen das deutsche Proletariat, sollen die arbeitenden
Massen gar nicht selbständig entscheiden dürfen! Darüber
darf in der Aufsicht der Zeitung unterworfenen Presse
nicht diskutiert werden. Darüber entscheidet auch nicht die
Leitung der deutschen Partei, darüber beschließt endgültig das
Moskauer Exekutivkomitee!

Und da fragen wir: Wie ist es denkbar, daß irgendein
Mann mit selbständigen Urteilsvoraussetzungen, irgendwem mit
einer Spur von Verantwortungsbewußtsein einer Partei ange-
hören kann, der solche Bedingungen aufgelegt hat? Ist es
denkbar, daß eine westeuropäische Arbeiterklasse gerade in

revolutionären Zeiten sich einer solchen Organisation unter-
wirft, die jede Selbstbestimmung, jede Selbstbetätigung
ausschließt?

Das ist undenkbar und deshalb ist es unmöglich, unter
solchen Bedingungen sich der Moskauer Internationale anzuschließen.

Das „Sothaer Volksblatt“ hat vor einigen Tagen
von der Schleusinger Filiale der Antikbolschewisten-
Liga das Angebot erhalten, die beiden Artikel Dittmanns
als Beilage für diejenige Ausgabe zu bringen, die
hauptsächlich unter der Arbeiterbevölkerung zur Ver-
teilung gelangt. Unsere Parteiblätter können also noch
Geld verdienen, wenn die Parteigenossen Bedürfnis
nach Dittmannscher Antikbolschewistenlektüre haben.

Eine Absufe.

Die nach Deutschland aus Rußland zurückgekehrten Aus-
wanderer erhalten jetzt von den deutschen Arbeitern, die nach
Rußland gegangen sind, um dort wirklich aufzubauen, die
ihnen für ihr konterrevolutionäres Tun gebührende
Antwort. Folgende Resolution ging der „Roten Fahne“,
Berlin, mit der Bitte um Abdruck zu:

Die hier in Goltwin, Bezirk Kolonna, beschäftigten
Industriearbeiter aus Deutschland, Ortsgruppe Hamburg,
Berlin und Leipzig, sind entrüstet über das Benehmen und
Verhalten der uns wieder verlassenden, nach Deutschland
zurückkehrenden Genossen von 80 Mann, die am 12. Juli als
Stoßtrupp Deutschland verließen, um Rußland wirtschaftlich
helfen aufzubauen.

Wir sind überzeugt, daß diese Genossen den guten Ruf
der russischen Sowjet-Regierung mit allen ihnen zu Gebote
stehenden unehrlichen Mitteln bekämpfen werden, mit Hilfe der
verpesteten Presse der Reaktion.

Diese Überzeugung entspricht den hier gemachten Er-
fahrungen wie folgt:

1. Verweigerung der Arbeitsaufnahme.
2. Sabotierung aller fortschrittlichen Aufbaubarbeiten.
3. Unethische Zerpolterungsverfuche.
4. Beeinflussung aller in Arbeit stehenden dadurch, die
den guten Willen zeigenden Genossen von der Arbeit
fernzuhalten.
5. Vor einem Vertreter der russischen Regierung abgegebene
Drohung während der Verhandlung wie folgt:
Um die Rückbeförderung zu erwirken, alle Gewalt-
mittel anzuwenden; als letzten Versuch die kapitalistische
Regierung aufzufordern, mit der äußersten Gewalt ihre
Forderung zu erzwängen.

Das ganze Benehmen und die Art ihrer Handlungs-
weise, deren sich die Zurückkehrenden bedienen, zeigte
den Maßstab der äußersten Reaktion.

Geben hiermit im Auftrage unserer hier in Goltwin
bleibenden 41 Genossen die Erklärung ab, daß alle
revolutionäre Bande mit diesen nach Deutschland ge-
flüchteten Genossen zerissen sind, da wir uns der Trag-
weite ihrer verhängnisvollen Handlungsweise voll
bewußt sind.

Gefuchen durch diese Resolution die gesamte deutsche
revolutionäre Arbeiterschaft hiervon in Kenntnis zu
setzen, damit ihrem konterrevolutionären Treiben von
vornherein der Boden genommen wird.

Unterschriften:

Der Bericht über die dritte Internationale.

Kommunistische Partei und proletarische Revolution.

Das Weltproletariat steht vor entscheidenden Kämpfen.
Die Epoche, in der wir jetzt leben, ist die Epoche der direkten
Bürgerkriege. Die entscheidende Stunde naht. Fast in
allen Ländern, wo es eine bedeutende Arbeiterbewegung gibt,
steht die Arbeiterklasse vor einer Reihe erbitterter Kämpfe
mit der Masse in der Hand. Mehr als jemals braucht
die Arbeiterklasse straffe Organisation. Unermüdblich muß sich
jetzt die Arbeiterklasse für diese Kämpfe vorbereiten, ohne eine
einzigste Stunde der kostbaren Zeit zu verflümmern.

Hätte die Arbeiterklasse während der Pariser Kommune
(1871) eine straffe, wenn auch keine kommunistische Partei
gehabt, so würde der erste heroische Aufstand der französischen
Proletarier viel stärker ausgefallen sein und viele Irrtümer
und Schwächen hätten vermieden werden können. Die Kämpfe,

W. Lenin.

Werden die Bolschewiki siegen?

Uebersetzt von Senipp.

(Schluß.)

Wenn in der objektiven Sachlage kein Grund zur
Beschleunigung des Kampfes, zum Bürgerkrieg liegt, warum
sprechen Sie dann vom Bürgerkrieg aus Anlaß des Nihil-
kongresses und der Konstantine? (Gerade so ist der betreffende
Zeitartikel der „Rossa Gija“ betitelt). Dann hätten Sie
den Leser klar machen und beweisen müssen, daß in den Um-
ständen der objektiven Lage keine Ursache zum Bürgerkrieg
liegt und daß man davon in den Vordergrund der Politik
friedliche, konstitutionelle, legale, juristisch und parlamentarisch
„ruhige“ Dinge legen soll, wie z. B. Währungsreform und
Konstantine. Dann kann man der Meinung sein, daß ein
Bürgerkrieg oder Konstantine etwas beschließen
kann.

Wenn aber in den objektiven Bedingungen des Kämp-
fes die Unversöhnlichkeit oder wenigstens Unversöhnlichkeit
des Bürgerkrieges liegt, warum Sie die Ursachen des
Bürgerkrieges nicht und nicht, wie Ihnen Sie dies in den
Vordergrund Ihrer Betrachtung der Währungsreform und die
Konstantine setzen? Das ist doch ein Widerspruch, die Unversöhn-
lichkeit und die bestehenden Klassen! Dann der Bürgerkrieg nach zwei
Monate „warten“? Wenn der Zeitpunkt der Währungsreform, dessen
Anschließen Sie täglich berichten, bis zum Sieg über
Konstantine „warten“? Oder wird die deutsche Opposition,
solange eine gewisse Forderungsbasis unterworfen werden,
„warten“? Oder können Sie Konstantine, die Ideen des
Siegels erklären, daß die russische Revolution, die sich vom

28. Februar bis zum 30. September*) in einem unerschüt-
telten und ständigen Tempo entwickelt hat, vom
1. Oktober bis zum 29. November in ein ruhiges, friedliches,
legales Tempo umschlägt, das alle Explosionen, Sprünge,
wütenden Niederlagen und wirtschaftlichen Krisen ver-
meidet? Oder wird die Frontarmee, von der vor kurzem
der Offizier Dubassoff (nicht Dostojewski) offiziell im
Namen der Soldaten erklärt hatte, daß sie nicht weiter
kämpfen werde, wird diese Armee ruhig hängen und
warten bis zum „bestimmten“ Tage? Oder wird der Bauern-
aufstand dadurch aufhören, ein Element des Bürgerkrieges zu
sein, daß Sie ihn „Anarchie“ nennen und Kerenski „mili-
tärliche“ Kräfte gegen die Bauern stellen? Oder ist in einem
Kontinuum eine ruhige, richtige, nicht schließliche Regierungs-
fähigkeit in Bezug auf die Massen möglich, bezierbar, bei
der Unterbindung des Bauernaufstandes durch diese Regierung?

Lesen Sie nicht über die Befreiung der Bolschewiki,
Ihr Herr! Ihre eigene Befreiung ist um so größer.
Auf die jenseitigen Fragen des Bürgerkrieges antworten Sie
mit jenseitigen Fragen und lächerlichen konstitutionellen
Säulen.

Denn Sie sind, daß die Bolschewiki, wenn sie solchen
Ermahnungen unterliegen sollten, ihre Partei und ihre Revo-
lution verrichten werden.

Kulturarbeit in Sowjet-Rußland.

Der zweite allrussische Kongress des Unterrichts-Komitees
wurde am 20. August eröffnet. Von den 530 Delegierten
waren 380 Kommunisten. Alle von den Kommunisten vor-
geschlagenen Resolutionen wurden nach einer Diskussion an-

*) Genügende Daten sind nach der in russischen schon angeführten
alten russischen Zeitrechnung angegeben. (W. A. Ustsch.)

genommen. Es wurde beschlossen, an das englische Prole-
tariat eine Begrüßungsdeputation zu senden, worin dieses zum
gemeinsamen Kampfe gegen den gemeinsamen imperialistischen
Feind aufgefordert wird. Die Rede des ebenfalls erschienenen
Lenin, wurde mit einem Beifallssturm aufgenommen. Das
Komitee, das im Jahre 1919 aus 70 000 Mitgliedern be-
stand, hat derzeit 175 000 Mitglieder.

Am 20. September findet in Moskau eine Konferenz
der Vertreter sämtlicher Gouvernements- und Bezirksabtei-
lungen für Volksgesundheit statt, die vom Volkskommissariat
für Volksgesundheit einberufen wurde.

In sämtlichen Städten Sibirians, wo die Sowjet-
macht militärisch gesichert ist und an den friedlichen kommuni-
stischen Aufbau heranreifen kann, wurden alle administ-
rativen Maßnahmen getroffen zur Entwicklung der Sache der
Volkserziehung und der Bekämpfung des Analphabetismus.
In Krasnojarsk und Kachitschewan (Don-Gebiet) wurden
in kurzer Zeit 157 Schulen für rund 2500 Kinder eröffnet;
Mitte September werden weitere 150 Schulen eröffnet.

In Jadrinsk wurde eine Schule für die Kinder der
Roten Soldaten und der Partei- und Sowjetarbeiter eröffnet,
wo der Unterricht, die Wohnung und Ernährung unentgelt-
lich sind.

In Smolensk wurde ein neues Volkshochschule er-
öffnet. Es ist mit allen zur wissenschaftlichen Tätigkeit er-
forderlichen Mitteln und Helfern reichlich ausgestattet.
Spezialkurse für Militärtechnik werden abgehalten, zu denen
die Führer von den verschiedenen Armeekorpsen befohlen
werden. Außerdem werden Eisenbahnkurse abgehalten. Im
September beginnt der reguläre Unterricht in den agri-
kulturellen, elektronischen, ökonomischen und industriellen
Fakultäten.

die dem Proletariat jetzt in einer anderen historischen Situation bevorstehen, werden viel schicksalsschwerer sein, als im Jahre 1871.

Der zweite Weltkongress der Kommunistischen Internationale macht daher die revolutionäre Arbeiterschaft der ganzen Welt auf folgendes aufmerksam:

1. Die kommunistische Partei ist ein Teil der Arbeiterklasse und zwar der vorgeschrittensten, klassenbewußtesten und daher revolutionärsten. Die kommunistische Partei wird auf dem Wege der natürlichen Auslese der besten, klassenbewußtesten, selbstopfernden, weitsichtigsten Arbeiter geschaffen. Die kommunistische Partei hat keine von den Interessen der gesamten Arbeiterklasse abweichenden Interessen. Die kommunistische Partei unterscheidet sich von der gesamten Arbeiterklasse dadurch, daß sie eine Uebersicht über den ganzen historischen Weg der Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit hat und bestrebt ist, auf allen Biegungen dieses Weges nicht die Interessen einzelner Gruppen oder einzelner Berufe zu verteidigen, sondern die Interessen der Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit. Die kommunistische Partei ist der organisatorisch-politische Hebel, mit dessen Hilfe der fortgeschrittenste Teil der Arbeiterklasse die gesamte Masse des Proletariats und des Halbproletariats auf den richtigen Weg lenkt.

2. Bis zu der Zeit, wo die Staatsmacht vom Proletariat erobert worden ist und das Proletariat seine Herrschaft ein für allemal gefestigt und vor bürgerlicher Restauration garantiert hat, — bis dahin wird die kommunistische Partei in ihren organisierten Reihen nur die Minderheit der Arbeiter haben. Bis zur Ergreifung der Macht und in der Uebergangszeit vermag die kommunistische Partei unter günstigen Umständen einen ungeteilten geistigen und politischen Einfluß auf alle proletarischen und halbproletarischen Schichten der Bevölkerung auszuüben, vermag aber nicht, sie in ihren Reihen organisatorisch zu vereinigen. Erst nachdem die proletarische Diktatur so mächtige Einflußmittel, wie die Presse, die Schule, das Parlament, die Kirche, den Verwaltungsapparat usw. der Bourgeoisie aus den Händen gewunden haben wird, erst nachdem die endgültige Niederlage der bürgerlichen Ordnung für alle klar wird, — erst dann werden alle oder fast alle Arbeiter beginnen, in die Reihen der kommunistischen Partei einzutreten.

3. Die Begriffe Partei und Klasse müssen strengstens auseinander gehalten werden. Die Mitglieder der „Christlichen“ und liberalen Gewerkschaften Deutschlands, Englands und anderer Länder sind zweifellos Teile der Arbeiterklasse. Die noch hinter Scheidemann, Gompers und Konforten stehenden mehr oder minder bedeutenden Arbeiterkreise sind zweifellos Teile der Arbeiterklasse. Unter gewissen historischen Verhältnissen ist es sehr wohl möglich, daß die Arbeiterklasse von sehr zahlreichen reaktionären Schichten durchschossen ist. Die Aufgabe des Kommunismus besteht nicht in der Anpassung an diese zurückgebliebenen Teile der Arbeiterklasse, sondern darin, die gesamte Arbeiterklasse bis zum Niveau ihres kommunistischen Vortrupps zu heben. Die Verwechselung dieser zwei Begriffe — Partei und Klasse — kann zu den größten Fehlern und zur Konfusion führen. So ist es z. B. klar, daß trotz den Stimmungen und den Vorurteilen eines gewissen Teiles der Arbeiterklasse während des imperialistischen Krieges die Arbeiterpartei um jeden Preis diesen Stimmungen und Vorurteilen entgegenzutreten hatte, indem sie die historischen Interessen des Proletariats vertrat, die forderten, daß die proletarische Partei Krieg dem Kriege erklären sollte.

So beriefen sich z. B. bei Beginn des imperialistischen Krieges im Jahre 1914 die Parteien der Sozialverräter aller Länder, indem sie die Bourgeoisie ihres „eigenen“ Landes unterstützten, stets konsequent auf den entsprechend lautenden Willen der Arbeiterklasse. Sie vergaßen dabei, daß selbst, wenn es so wäre, es die Aufgabe der proletarischen Partei bei solcher Lage der Dinge sein müßte, den Stimmungen der Mehrheit der Arbeiter entgegenzutreten und trotz alledem die historischen Interessen des Proletariats zu vertreten. So verworfen zu Beginn des 20. Jahrhunderts die russischen Menschewiki jener Zeit (die sog. Defonomenisten) den offenen politischen Kampf gegen den Zarismus mit der Begründung, die Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit sei zum Verständnis des politischen Kampfes noch nicht reif geworden.

So berufen sich immer die rechten Unabhängigen Deutschlands in allen ihren Halbheiten darauf, daß die „Masse das wünscht“, — ohne zu verstehen, daß die Partei dazu da ist, um den Massen voranzugehen und ihnen den Weg zu zeigen. (Fortsetzung folgt.)

Republik Deutschland

Chronik der Bürgerdiktatur.

(Fortsetzung.)

I.

Der Kampf um Groß-Berlin.

Die Stadtverordnetenwahlen für die durch preussisches Landesgesetz neu geschaffene, fast vier Millionen Einwohner umfassende Gemeinde Groß-Berlin hatten eine sozialistische Mehrheit ergeben. Etwa 100 Bürgerlichen stehen etwa 80 Unabhängige und 40 Rechtssozialisten gegenüber. Die beiden sozialistischen Parteien sind übereingekommen, die Verwaltung zu übernehmen und soweit das in einem kapitalistisch regierten Staate möglich ist, sozialistische Gemeindepolitik zu führen. Bei der Schaffung des Gesetzes haben die Bürgerlichen sicher nicht an solche Möglichkeiten gedacht. Sie rechneten auf eine bürgerliche Mehrheit und schufen Bestimmungen, die ihnen die Fortsetzung der bisherigen Politik sichern sollten. Umso mehr sind sie empört darüber, daß die beiden sozialistischen Fraktionen nur dieselben Bestimmungen zur Festigung und Sicherstellung ihres Einflusses nahen.

Große Auseinandersetzungen und heftige Pressekämpfe gab es von Anfang an anlässlich der Besetzung des Magistrats. Nach den Bestimmungen des Gesetzes sind die besetzten Magistratsmitglieder auf 12 Jahre zu wählen.

Die unbesetzten dagegen werden auf vier Jahre gewählt und zwar auf Grund der Verhältniswahl. Die beiden sozialistischen Fraktionen kamen nun überein, sämtliche 30 Magistratsmitglieder zu besetzen. Darüber nun Zeter und Mordio, weil nunmehr den Bürgerlichen jede Hoffnung schwindet, die Verhältniswahl für unbesetzte Magistratsmitglieder zur Stärkung ihrer Position im Magistrat zu nutzen.

Eine mühevolle Liste setzte ein gegen die für die Magistratsposten in Aussicht genommenen Personen. Doch damit

Proletarier erwacht!

Demonstrativ hat die deutsche Regierung im Weltkampf gegen Rußland ihre Neutralität erklärt. Diese Neutralitätserklärung entsprang nicht dem ehrlichen Willen, sich passiv zu verhalten in dem gewaltigen Ringen zwischen Bourgeoisie und Proletariat, das sich gegenwärtig am lebhaftesten an den Grenzen Rußlands vollzieht.

Die Neutralitätserklärung der deutschen Regierung war der Ausdruck ihrer Angst vor dem Proletariat. Sie fürchtete von einem ehrlichen Bekenntnis ihrer Feindschaft gegen Sowjetrußland eine neue Entfaltung des Willens zur revolutionären Umgestaltung der Machtverhältnisse in Deutschland.

Ihrer unverkennbaren Sympathie mit den Feinden Rußlands läßt die deutsche Regierung jetzt die aktive Unterstützung folgen. Was sie zunächst nicht zu tun wagte, glaubt sie nun in einzelnen Etappen gegenüber dem Proletariat durchsetzen zu können. Die Regierung erklärte sich neutral und gestattete stillschweigend der Entente den Transport von Waffen durch Deutschland. Einzelne Kisten, ganze Waggons, Polonazüge und „Kinderzüge“ mit Waffen gegen unsere russischen Brüder rollen durch Deutschland. Durch den Nord-Ostsee-Kanal bringen Schiffe immer neue Waffen- und Munitionsendungen.

Deutsche Arbeiter sind es, die die Eisenbahnzüge mit den Waffen der Gegenrevolution transportiert haben. Die „neutrale“ deutsche Regierung bietet ihre staatlichen Machtmittel auf, um sie dazu zu zwingen. Erfurter Eisenbahner, die sich zu diesem Verrat an der Weltrevolution, an ihren eigenen Interessen nicht länger hergeben wollten, werden gemahregelt und ins Gefängnis geworfen.

Damit gab die deutsche Regierung der Weltreaktion das Signal, sich der deutschen Transportwege zu bedienen zur Unterstützung des Kampfes gegen die Roten Armeen unserer russischen Genossen.

Die deutsche Regierung beweist weiter ihren Willen zur aktiven Unterstützung der Gegenrevolution, indem sie die roten Soldaten Rußlands, die auf deutschen Boden überzutreten mußten, den gegen Rußland kämpfenden Heeren anzugliedern sucht. Niederräucher Mittel bedient sich dazu die deutsche Regierung. Sie läßt die russischen Soldaten hungern und liefert sie so einem widerwärtigen Geschnitz von Schiebern aus, die ihnen die Kleider vom Leibe ausziehen für ein paar Scheiben Brot. Die wirtschaftliche Notlage soll die russischen Soldaten zum Uebertritt zur Gegenrevolution bereit machen. Die politischen Kommissare der Sowjetrepublik wurden von den Soldaten getrennt. Agenten der Gegenrevolution gehen in ihrem Lager aus und ein.

Was die deutsche Regierung vor Wochen nicht wagte, das tut sie heute. Sie unterstützt den Kampf gegen Rußland.

Das deutsche Proletariat muß aus seiner Letzargie aufwachen. Es muß sich bemühen, die Situation klar zu erkennen. Es muß dem Beispiel der Erfurter Eisenbahner folgen. Es muß sich laut zu ihrer Tat bekennen.

Der revolutionären Pflichterfüllung der Erfurter Eisenbahner muß folgen ein gewaltiges Solidaritätsbekenntnis des deutschen Proletariats:

**für das kämpfende Rußland!
für die Weltrevolution!**

Praktisch muß diese Solidarität zum Ausdruck kommen in der:

Blockade Polens,

in dem Protest gegen die Versuche, die roten Soldaten Sowjetrußlands in die Kette der Gegenrevolution einzufangen.

Nach Polen darf keine Waffe und keine Munition von deutschen Arbeitern oder mit ihrer Hilfe befördert werden. Kein gegenevolutionärer Soldat oder Offizier darf durch Deutschland nach Polen fahren. Jede Lebensmittel- oder sonstige Sendung verbessert die Kampfsituation Polens und muß deshalb im Interesse der Weltrevolution und des deutschen Proletariats verhindert werden.

Die Schandtat der deutschen Regierung müssen verhindert werden durch das deutsche Proletariat. Will die Regierung die rote Armee Rußlands durch Aus Hungern in das Lager der Gegenrevolution treiben, so muß das deutsche Proletariat durch Sendung von Lebensmitteln und Kleidungsstücken dem entgegenwirken.

Die aktive Unterstützung der Gegenrevolution durch die deutsche Regierung beruht auf der feitherrigen Stumpfheit des Proletariats. Fürchtbar aber wird die Gegenrevolution auch die Arbeiterklasse Deutschlands anfrühteln, wenn sie weiter durch Passivität die Reaktion fördert.

war nach Lage der Sache nichts zu erreichen. Jetzt haben die Deutschnationalen einen Gesetzentwurf bei der preussischen Landesversammlung eingebracht, durch den der Zeitpunkt des Inkrafttretens anderweit zu bestimmen ist mit dem Hinzufügen, daß bis dahin weitere Ausführungen des Gesetzes unterbleiben sollen.

Der Zweck der Uebung ist offensichtlich. Denn der Antrag bedeutet nicht mehr und nicht weniger als die Aufhebung des Gesetzes selbst. Zugleich sind aber auch Verhandlungen im Gange mit dem Zentrum in einer Novelle

zum Gesetz zu bestimmen, daß 12 der Magistratsmitglieder unbesetzt sein müssen. Auch hier wiederholt sich also das Liebliche, aus der Kappzeit noch besonders erinnerliche Spiel mit den „Faschisten.“ Man sieht im Augenblick keinen anderen Weg, als diesen, auch einige masochistische Reaktionäre mit in den Magistrat zu bekommen.

Wird man damit Erfolg haben? Wer weiß. Die Demokraten sind auf die sozialistischen Fraktionen nicht gut zu sprechen. Wenn nun auch das „Berliner Tageblatt“ auffordert, diesem Trieb der Deutschnationalen nicht zu folgen, so läßt es doch deutlich den nicht zu verhaltenden Meger darüber durchblicken, daß die sozialistischen Fraktionen die bisherigen Wünsche und Forderungen des Berliner Freisinns nicht besser respektierten. Und werden die Rechtssozialisten selbst Stange halten? Auch das ist noch durchaus nicht gewiß! Denn schon regt sich in ihren Kreisen laut die mahnende Stimme gegen das gemeinsame Vorgehen der rechtssozialistischen Stadtverordneten-Fraktion mit der U. S. P.

Die Deutschnationalen wollten am Sonntag in einer großen Aktion ihren Protestrummel gegen den Genossen Dr. Löwenstein als Berliner Oberschulrat forsetzen. Sie hatten die Massen zu Versammlungen zusammenberufen. Die Massen kamen auch, aber nicht um gegen Dr. Löwenstein, sondern gegen das reaktionäre Treiben der nationalsozialistischen Kreise zu demonstrieren. Die Nationalisten hatten, um ihrer Veranlassung das richtige Gepräge zu geben, eine große Anzahl Widner aufgestellt mit schwarz-weiß-roten Armbinden und Hakentkreuzen. Diese Hakentkreuzler hatten begreiflicherweise einen schweren Stand. Vielen wurden die Armbinden abgerissen und die Hakentkreuze zerbrochen. Stellenweise kam es in den Lokalen sowie vor den Lokalen, vor denen die Massen, die keinen Einfluß mehr fanden, sich stauten, zu heftigen Auseinandersetzungen, zum Teil sogar zu blutigen Zusammenstößen. (Die Chronik wird fortgesetzt.)

Kapitalistische Wirtschaft.

„Plan“-Wirtschaft.

Die deutschen Behörden haben die Ausfuhrbewilligung für folgende Waren zur Ausfuhr nach Holland erteilt:

10 000 Stück Halstücher, feldgraue Wolle	à M. 2,50
10 000 Stück Halstücher	à - 2,50
10 000 Paar Kniewärmer	à - 2,50
10 000 Paar Pulswärmer	à - 0,80

Die Ausfuhrbewilligung ist erteilt worden von der Textilverteilungskommission für Sachsen und unterzeichnet vom Beauftragten des Reichsperwertungsamtes. Die Sendung ging an die Firma Karl Herzberg, Zandford (Holland). Die Preise betragen nur den fünften Teil dessen, was man in Deutschland für diese Waren zahlen muß und was ein Arbeiter oder Angestellter nicht zahlen kann, weil es sein Einkommen übersteigt. Es ist klar, daß der Empfänger nur ein Strohmännchen ist, der die Waren in Holland mit hohem Profit weiter verkauft, um nicht nur die Waren selbst der notleidenden deutschen Bevölkerung, sondern auch den dafür erzielten Betrag dem Steuerzugriff des Staates zu entziehen. Die Reichsbank unterstützt mit der Aufhebung der Kontrolle über die Verwendung des Exporterlöses ebenso die Kapitalflucht und die wachsende Verarmung der arbeitenden Bevölkerung wie die Reichsbehörden, die in ihrer „Weitherzigkeit“ derartig haarsträubende Ausfuhrbewilligungen erteilen.

Die Folgen des neuen Valutarückganges.

Seit einigen Wochen sinkt der Markkurs wieder. Welchen Schwankungen er seit einem Jahre unterworfen ist, darüber gibt folgende Tabelle Aufschluß:

	16. Sept. 1919	Ende Dez. 19	Anfang März 20	Anfang Mai 20	Anfang Juli 20	16. Sept. 20.
New York	37/8	27/16	17/8	1,74	2,62	1,60
Paris	—	—	12,5	29,25	39	25 1/2
Brüssel	19	11,40	6,27 1/2	9,80	14,65	10,15
Amsterdam	9,30	5,42 1/2	2,72 1/2	4,83	7,45	5,40

Kaum ist nun der Markkurs wieder schlechter geworden, so bemüht sich schon das Kapital um aus diesem Umstände Nutzen zu schlagen und die Warenpreise wieder in die Höhe zu treiben. So wird unter anderem berichtet, daß infolge der Verschlechterung der Saluta der Grundpreis für Meißfabrikate mit Gültigkeit ab 17. d. Mts. auf 880,— M. per 1000 kg hinaufgesetzt worden ist. Auf der Markkurs steigt, da waren die kapitalistischen Kreise nicht so schnell um eine Ermäßigung der Preise bemüht, wie sie jetzt deren Erhöhung beschließen! Und es bleibt nicht nur bei den Meißfabrikaten, auch die Unternehmer und Händler aus anderen Produktionszweigen sehen schon bereit, um aus der veränderten Marktlage auf Kosten der Verbraucher ihre Profite zu erhöhen.

Nichts kann den Widerstand der kapitalistischen Wirtschaftsweise besser kennzeichnen, als die Schwankungen der Saluta und ihre Wirkung auf die Arbeiterklasse.

An der Börse ist infolge des Sinkens der Saluta eine wahnsinnige Hausse eingetreten.

Aus der Partei.

Für Moskau: Die Vertrauensleute der U. S. P. Stuttgart, die U. S. P. Jena, die U. S. P. Göttingen, Distrikte 6 und 8 in Berlin, die U. S. P. Strauß. Gegen Moskau: Der Landesverband der U. S. P. Bayerns, der Bezirksparteitag der U. S. P. Plauen.

Für die 3. Internationale

treten die Genossen Kurt Geier, Walter Stöcker, Paul Hennig und Ernst Däumig in der letzten erschienenen Broschüre

Die U. S. P. D. am Scheidewege

ein. Diese Broschüre sollte jeder Parteigenosse lesen. Bestellungen sind an Genossen Kubinski, Redaktion der „Bettler-Zeitung“, zu richten. (Alles Nähere im Inhaltsverzeichnis.)

Frankreich.

Der Verwaltungsausschuss der sozialistischen Partei Frankreichs hat den regelmäßigen Jahreskongress der Partei auf den 12. Dezember festgesetzt.

Ein Kongress der Kinderheilssozialisten in Frankreich nahm Stellung zur Frage der Kampfakt in den Gewerkschaften.

Der Kongress der Kinderheilssozialisten von Paris drückt seinen glühenden Wunsch aus, daß der Kongress von Orleans den Beitritt der C. G. T. (Gewerkschaftsbund) zur revolutionären Gewerkschafts-Internationale von Moskau beschließen.

Tschechien.

Das Personal der Redaktion, Administration, Expedition und Druckerei des „Pravo Lidu“ hat einen Betriebsrat gebildet, in den auch Vertreter der Prager Arbeiterschaft aufgenommen wurden.

„Stare Pravo Lidu“

„Stare Pravo Lidu“ teilt mit, daß ihm auf Einschreiten der rechtssozialistischen Parteileitung gerichtlich verboten wurde, den Titel „Stare Pravo Lidu“, Zentralorgan der tschechoslowakischen sozialistischen Arbeiterpartei, zu führen.

Aus der Provinz.

Das niederschlesische Industriegebiet für Moskau.

Die Kreisversammlung der Delegierten und Funktionäre des niederschlesischen Industriegebiets, die am Sonntag, den 19. September, in Altwasser tagte.

Die heute hier tagende kombinierte Kreisversammlung der Kreise Waldenburg, Gottesberg, Freiburg, Hirschberg und Bundeshut tritt für den Anschluß an die 3. Internationale ein.

U. S. P. Peterswaldau.

Freitag, den 21. September, abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Ranisch, Sandwischweg.

Riße - Neuland.

Vor einigen Tagen fand im großen Saale der „Echolu“ eine sehr stark besuchte Versammlung der U. S. P. D. statt.

Hesselbach, Berlin-Schöneberg, über das Thema: „Warum gehen wir nach Rußland?“ und sonst über die politische Lage referierte.

Locales.

Breslau, den 23. September.

Unherkömmliche Mitglieder-Versammlung

Sonntag, den 26. September, vormittags pünktlich 8 Uhr, bei Bräuer, Gabisstraße.

„Die U. S. P. und die 3. Internationale.“

Referenten:

Genosse Lubinski und Genosse Schirdewahn.

In Anbetracht der entscheidenden Bedeutung, die dieser Frage zukommt, ist das Erscheinen jedes Genossen Pflicht!

Der Ortsrat der U. S. P. D.

Entgegnung.

Wer die „Volksmacht“ vom letzten Montag gelesen hat, der muß — wenn er nicht die Gepflogenheiten dieses Lügenblattes kennt — der Ueberzeugung sein, daß jüngst die U. S. P., vertreten durch den Genossen Gruschwitz, in Siegenhals und Reife entscheidende Niederlagen erlitten habe.

In Reife war der Saal zum größten Teil von Zentrumsanhängern gefüllt. Mit seiner allbekannten Behendigkeit verstand es Löbe, selbst diesen schwarzen Brüdern zu schmeicheln.

Da Genosse Gruschwitz naturgemäß in schroffem Widerspruch zu Löbes Ausführungen trat und das Pfaffenrum rüchriglos brandmarkte, erhob sich selbstverständlich starker Widerspruch seitens der „Schwarzen“.

Im Schlußwort schlug „Papa Löbe“ wieder starke vaterländische und religiöse Töne an und erntete natürlich mit diesen schmalzigen Phrasen seitens der fanatischen Bürger Beifall.

Die Arbeitslosigkeit in Breslau im Monat August.

Im Monat August 1920 ist gegen den Vormonat bei den Männern sowie bei den Frauen ein kleiner Rückgang in der Zahl der Anträge als auch an Unterstützungsempfängern zu verzeichnen.

Distrikt 1. Freitag, den 24. September, abends 8 Uhr, Distriktsabend (Wolfschlucht). Referat: Genosse W. Norman.

Distrikt 4 und 14, Scheitnig, Gellhornstraße 21 (Abelung). Freitag, den 24. September, abends 7 Uhr: Gemeinsame Mitglieder-Versammlung.

Distrikt 5, Klosterstraße 145. Ueber die 3. Internationale spricht heute abend Genosse Lubinski.

Achtung, Genossen vom Distrikt 12. Von jetzt ab finden unsere Distriktsabende jeden Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, in dem Lokal von S. v. S. in der Stadt und Festung Silberberg, Steinauer Straße 2, Ecke AnkerstraÙe, statt.

Wir verweisen die Genossen auf den am 1. Oktober im „Schiefwerder“ stattfindenden Unterhaltungsabend, in dem die „Nutzer-Sänger-Berlin“ auftreten.

Verantwortlich: für den gesamten Inhalt Dagobert Lubinski; für die Inserate Fritz Ulrich; Druck: Buchdruckerei Böhnel & Demmel, sämtlich in Breslau.

Die Internationale das gemaltige Volksschaustück welches für Breslau eine Sensation bedeutet und allabendlich vor stark besuchtem Hause im Gebäude des Zirkus Busch stattfindet, beginnt täglich abends 8 Uhr.

Stadtheater. Donnerstag 7 Uhr: Cavalleria rusticana. Freitag 7 Uhr: Der Troubadour. Johr-Theater. Donnerstag 7 1/2 Uhr: Die drei Kätzchen. Galla-Theater. Donnerstag 7 1/2 Uhr: Durch die Zeitung. Schauspielhaus. Donnerstag 7 1/2 Uhr: Die Frau im Strampfen. Viktoriya-Theater. Täglich 7 1/2 Uhr: Die ledige Ehefrau.

Union Theater. Graupenstraße 6. Eva Mai in Aus Liebe zur Mörderin. Bobbys Pumpstation. Walhalla-Theater. Am Wachtplatz. Der nord. Marktplatz. Die Brüder Karamasoff.

CABARET KA KA DU. Ab 16. Sept. und folgende Tage: Max Niesel, Hans Typendarsteller, Emmy Dörner, Kinderdarstellerin, Wily Dackner, Grotesk-Komiker, Liesy Erhoff, Liedersängerin, Uwe Karsten, erotischer Tänzer, Lowy Rot, Stim- u. Singsoubrette, Ellen Pflug, Tanz-Soubrette. Anfang 8 Uhr.

LunaPark. täglich geöffnet.

Sieben erschienen: Für die 3. Internationale Die U.S.P.D. am Scheidewege von Curt Geyer mit Beiträgen von Walter Stoeker und Paul Hennig und einem Vorwort von Ernst Däumig. Preis 1,50 Mark.

Gummiwaren. Reichharden, Monatsblätter, Spätschriften, Zuspensarien, Dauerwäse. H. Klose, Breslau I, Nikolaistr. 79, 3. Haus vom Ring.

Ata. reinigt und scheuert alle Geräte aus Porzellan, Emaille, Holz, Metall, Glas, Stein, Marmor usw. Bestes Scheuerpulver für Haushalt, Gewerbe u. Industrie. Vorzüglicher Herdputz. Ueberall erhältlich. Henkel & Cie., Düsseldorf.

Zeltgarten. Dir. Hans Kröschke im herrl. Garten. Ab 12. August: Internationaler Meistersinger-Wettbewerb. Vorher das große Varietè-Programm 6 Attraktionen.

Achtung! Wo? kauft: Max Hadarnack, Brandenburger Str. 9. Blimelotte. Täglich, Sonntag 26.

Unabhängige Gewerkschaftliche Partei - Breslau. Freitag, den 1. Oktober 1920 im Etablissement Schiefwerder Großer Unterhaltungsabend. Soffmanns Noten Sängern, Berlin.

In Breslau, „Kronprinz“, Westendstr. 49/50 spricht am Sonnabend, den 25. September 1920, abends 7 1/2 Uhr Genosse Paul Levi, Berlin, über: Der II. Weltkongress der III. Internationale. Eintritt 50 Pfennige. A. P. D. (Spartakusbund) Ortsgruppe Breslau.

Kranke. Herzerkrankungen, Nerven- und Gichtkrankheiten behandelt mit Erfolg. Viele bewährte Anordnungen von ausgeübten Patienten. Dr. Franz Jochke, Famastr. 22, II. Tel. 512. 9-1, 3-7, Sonntag 9-12.